

Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **28.** Sitzung **des Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 16.10.2013
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Anwesend waren:

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Herr Wolfgang Tylsch

Herr Henry Stricker

Herr Albrecht Hatton

Herr Peter Nössler

Fraktion DIE LINKE

Herr Siegfried Nocke

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Olaf Schumann

Fraktion der FWG

Herr Wolfgang Lewerenz

Fraktion der SPD

Frau Gisela Gebauer

i.V. für Herrn Ertelt

Ortsbürgermeister

Herr Joachim Krüger

Ortschaft Stackelitz

Verwaltung

Frau Eva Haseloff

FB-Leiterin Finanzen

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der CDU/FDP

Herr Lothar Pohl

Fraktion der SPD

Herr Manfred Ertelt

Gäste: keine

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:

- 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung**
 Die Bürgermeisterin begrüßte alle anwesenden Hauptausschussmitglieder und Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte sie auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.
 Die Bürgermeisterin bat darum, den Top 9 von der Tagesordnung nehmen zu dürfen. Dieser Antrag wurde von der Verwaltung überschnell erarbeitet. Aufgrund der im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahl sollte der Ausschuss bis zum Ende der Legislaturperiode erhalten bleiben. Die Streichung des Regionalausschusses kann dann im kommenden Jahr ein Konsolidierungspunkt sein.
 Der Hauptausschuss stimmte dem zu.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	9	0	0

- 2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**

Die Bürgermeisterin verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.

- 3. Bestätigung der Niederschrift der 27. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.9.2013**

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	8	0	1

- 4. Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Stadtrates vom 26.9.2013**

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift zur Bestätigung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	8	0	1

- 5. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gemäß § 50 (2) GO LSA**

Die Bürgermeisterin gab die Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung vom 10.9.2013 bekannt.

6. Ergänzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushalt 2013
Vorlage: COS-BV-600/2013/1

Die Bürgermeisterin teilte das Abstimmungsergebnis aus der Sitzung des Finanzausschusses mit. Sie merkte an, dass dieses Haushaltskonsolidierungskonzept ein neues Niveau aufzeigt und viele neue Punkte aufgenommen wurden. Sie glaubt schon, dass man bei der Durchsetzung der einzelnen Konsolidierungspunkte noch weiteres Einsparpotential erkennen wird.

Ohne Anfragen, Diskussionen und Einbringung neuer Ideen wurde die Beschlussvorlage zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	9	0	0

7. 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Vorlage: COS-BV-587/2013/1

Die Bürgermeisterin verwies auf eine Änderung in der Nachtragshaushaltssatzung im § 4, bei der eine Erhöhung des Kassenkredites um 1 Mio. € festgesetzt werden soll. Sie begründete dies damit, dass eine Reihe von Fördermaßnahmen bisher vom Land noch nicht ausgezahlt wurden. Dies betrifft nicht nur Maßnahmen in der Stadt, sondern auch in den Ortschaften. Bei der Baumaßnahme

Fröbelgrundschule handelt es sich um eine EU-Förderung, was bedeutet, dass nur 4 mal das vorher verauslagte Geld abgerufen werden kann. Der 5. Abruf beinhaltet die Schlussrechnung. Auch beim städtebaulichen Denkmalschutz gibt es noch Außenstände. Somit muss die Stadt immer rund 1 bis 1,5 Mio. € verauslagten. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist die Erhöhung des Kassenkredites sehr wichtig. Er wird natürlich nur in Anspruch genommen, wenn es unbedingt notwendig ist.

Stadtrat Stricker hinterfragte, ob dies bedeutet, dass bei Zahlung der Fördermittel vom Land der Kassenkredit wieder auf normales Niveau herunter gefahren wird. Die Bürgermeisterin antwortete, dass dieser Kassenkredit noch für die restliche Bauzeit der Fröbelgrundschule 2013/2014 benötigt wird. Wenn die Stadt dann im Jahr 2015 keine großen EU-geförderten Baumaßnahmen mehr durchführt (außer sie bekommt noch einmal einen großen Topf Fördermittel) sollte der Kassenkredit wieder zurückgefahren werden.

Ohne weitere Anfragen wurde der Nachtragshaushalt einstimmig zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	9	0	0

8. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Coswig (Anhalt) und ihrer Ortschaften für das Haushaltsjahr 2014

Vorlage: COS-BV-624/2013

Die Bürgermeisterin verwies auf eine Änderung in der Begründung der Beschlussvorlage, welche sich aufgrund der Vorberatungen in den Ortschaftsräten erforderlich machte.

Stadtrat Schumann wollte wissen, wie es sich mit der Anpassung der Steuersätze

in 10 %-Schritten für die Ortschaft Klieken verhält.

Die Bürgermeisterin erläuterte, dass diese Anpassung nur in Klieken erfolgt, da dies Vertragsbestandteil im Gebietsänderungsvertrages mit der Gemeinde Klieken ist.

Ohne weitere Anfragen und Diskussionen wurde die Beschlussvorlage zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	8	1	0

9. Schaffung einer effizienten Trägerstruktur im Landkreis Wittenberg zur Förderung langzeitarbeitsloser Bürgerinnen und Bürger

Vorlage: COS-BV-645/2013

Die Bürgermeisterin erläuterte, dass sie diese Beschlussvorlage auf die Tagesordnung setzen musste, da der Landkreis eine Entscheidung zum vorgelegten Konzept und zur Bereitschaft zur anteiligen Mitfinanzierung der neuen Trägerstruktur der Stadt Coswig (Anhalt) benötigt.

Sie verwies auf die Beschlussbegründung in der Beschlussvorlage, in der in zwei Punkten aufgezeigt wird, wie derzeit die Förderung langzeitarbeitsloser Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Coswig (Anhalt) gelöst wird, ohne monatlich 1.182 € zahlen zu müssen, was im Jahr 14.184,00 € wären. Auch kann ihr derzeit keiner die Frage beantworten, wer die 25 T€ Stammkapital zahlt (zu Pkt. 6. Mögliche Organisationsformen in Varianten – letzter Absatz).

Stadtrat Nössler schätzte ein, dass die Förderung langzeitarbeitsloser Bürgerinnen und Bürger in der Stadt ganz gut läuft und er keinen Bedarf sieht, in diese Gesellschaft einzutreten.

Auch Stadtrat Nocke vertrat die Meinung, in dieser Angelegenheit weiter zu verfahren wie bisher, wollte aber wissen, was geschieht, wenn diese GmbH gegründet wird und die Stadt ihr nicht beiträgt.

Die Bürgermeisterin entgegnete, dass man die Stadt nicht zum Eintritt in diese GmbH zwingen kann. Sie glaubt auch nicht, dass alle Städte des Landkreises dort eintreten werden, wird dies aber in einer Beratung in der kommenden Woche beim Landkreis erfahren.

Sie wandte ein, dass sie ein Feedback des Stadtrates benötigt, um zu wissen, wie sie weiter verfahren soll. Die BVIK gG mbH Köthen beschäftigt derzeit 1 AN aus Coswig und warum sollte sie die Arbeit für uns nicht weiter machen?

Stadtrat Tylsch schätzte ein, dass sich eine mehrheitliche Meinung zur Nichtbeteiligung der Stadt in diese neue Trägerstruktur herauskristallisiert hat. Er glaubt auch nicht, dass das Geld, was in der Agenda an Kosten aufgezeigt wird (u. a. Unterhaltungskosten von 13.500 €, Verwaltungspauschale von 50 €/Monat je geförderte Person), reichen wird. Nicht umsonst sind andere Trägerstrukturen in Insolvenz gegangen. Er vermutet, dass sich der Arbeitsmarkt zukünftig weiter verbessert, womit sich die Arbeit dieser Trägerstruktur verringern wird.

Ohne weitere Diskussion wurde diese Beschlussvorlage einstimmig abgelehnt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	0	9	0

10. Anfragen und Mitteilungen

Stadtrat Hatton teilte mit, dass ihm als Vorsitzender des Stadtrates eine Einladung des Motorsportclubs „Fläming“ zu ihrem 50-jährigem Bestehen am 30.10.2013, 17:00 Uhr, im Clubheim, zugegangen ist. Aus der Einladung war nicht erkennbar, ob alle Mitglieder des Stadtrates eine Einladung erhielten. Sie sind aber alle herzlich eingeladen und haben ihre Teilnahme bei Herrn Mohs sen. mitzuteilen.

Stadtrat Nössler informierte, dass es in den Ortschaften Serno, Jeber-Bergfrieden und Ragösen derzeit wieder eine übermäßige Geruchsbelästigung durch das Fahren von Biogülle (Biodieselabfall) gibt. Damit wird in den Ortschaften die Lebensqualität eingeschränkt, auch erfolgt die Aufbringung auf die Äcker von Früh ab 6:00 Uhr bis Nachts 1:15 Uhr.

Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass dies nicht Angelegenheit der Stadt ist, sondern dem Landkreis mitgeteilt werden muss. Zu dieser Problematik gab es bereits im vorigen Jahr eine Zusammenkunft mit dem Landkreis, da hierzu auch Einwohnerbeschwerden vorlagen. Es wurde versprochen, dass ein neues Verfahren eingeführt wird, bei dem es nicht mehr zu diesen Geruchsbelästigungen kommt. Sie wird den Landkreis über die derzeitige Situation unterrichten und sich erkundigen, inwieweit das neue Verfahren eingesetzt wird.

Die Bürgermeisterin machte noch einmal deutlich, dass es fruchtbringend sei, wenn auch die Stadträte den Bürgern mitteilen, dass nicht immer die Zuständigkeit in der Stadt, sondern teilweise auch im Landkreis oder anderen Institutionen liegt, worauf die Stadt nur indirekt Einfluss hat.

Als ein weiteres Beispiel führte sie die aufgeworfene Problematik im letzten Bauausschuss mit dem Rosenbach an. Auch hier kann die Stadt nicht allein verantwortlich gemacht werden. Laut Aussage von Herrn Gebauer handelt es sich um eine Aufgabe des Bodenwasserverbandes, welcher eingeschaltet werden muss. Sie wird eine gemeinsame Vor-Ort-Begehung mit dem Bodenwasserverband vereinbaren, an der sie persönlich teilnehmen wird.

Nachdem es keine weiteren Anfragen und Mitteilungen gab, beendete die Bürgermeisterin den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 21.10.2013

Berlin
Bürgermeisterin

Noeßke
Protokollantin